

Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien in gekürzter und redigierter Form (5.844 Zeichen) in der „*jungen Welt*“ vom **9.8.2008**. Wir freuen uns, hier die vollständige Originalversion (6.907 Zeichen) präsentieren zu können.

Globalisierung im Armenhaus

Ungelöste Landfrage, horrendere Preissteigerung und industrielle Monokultur machen Kambodscha zu schaffen.

Waldemar Bolze

Von den Berichten über das Sondertribunal gegen die noch lebenden Führer der Roten Khmer einmal abgesehen, ist Kambodscha kaum noch für Schlagzeilen gut. Dank der inzwischen 23jährigen Herrschaft der Kambodschanischen Volkspartei (CPP) von Ministerpräsident Hun Sen, der seine Führungsrolle u.a. durch den Staatsstreich vom 5./6. Juli 1997 festigte, ist das Land „politisch stabil“, pro-westlich ausgerichtet und hat sich mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Oktober 2004 wie gewünscht der neoliberalen Globalisierung geöffnet. Die Parlamentswahlen vom 27. Juli 2008 werfen nun ein Schlaglicht auf die Verhältnisse in einem der ärmsten Länder der Welt und zeigen die Schattenseiten des Khmer-Kapitalismus.

Auf den ersten Blick hat das südostasiatische Land recht beeindruckende wirtschaftliche Kennzahlen vorzuweisen. Seit der kurzen „Schwächeperiode“ zu Anfang des Jahrzehnts boomt die Wirtschaft. Die Wachstumsrate stieg von 6,5% im Jahr 2002 auf 13,5% in 2005. Im vergangenen Jahr betrug sie 9,6%, wobei Sektoren wie der Bergbau (+ 24,5%), die Bauwirtschaft (+ 20,1%), der Finanzsektor (+ 19,3%) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe (+ 17,3%) noch stärker zulegten. Die Exporte wiesen in den letzten drei Jahren Steigerungsraten zwischen 12,4% und 26,9% auf und das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte sich seit dem Jahr 2000 auf 597 US-Dollar.

Dennoch ist die Lage für die Masse der 14,3 Millionen Kambodschaner alles andere als rosig. Während für die schmale Schicht der Neureichen an der Peripherie der knapp zwei Millionen Menschen zählenden Hauptstadt Satellitenstädte wie Camko City und Grand Phnom Penh International City entstehen, deren Bau mehrere Milliarden Dollar verschlingt, muss der durchschnittliche Kambodschaner mit 45 US-Cent am Tag auskommen. Das entspricht vor Ort dem Preis für einen Drittelliter Benzin. Wie kaum ein anderes Land ist Kambodscha von der Textilindustrie abhängig. Im ersten Quartal des laufenden Jahres brachte sie mit 744 Millionen \$ 95% der gesamten Exporterlöse ein. Dabei gehen rund 60% der kambodschanischen Ausfuhren in die USA und 10% nach Deutschland. Dennoch weist das Land ein chronisches Außenhandelsdefizit auf (2007: 1,3 Mrd. \$). Das Leistungsbilanzdefizit wird 2008 im Vergleich zum Vorjahr von 7,5% auf 10,6% des

Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen, vorausgesetzt die Krise in den USA führt nicht zu Einbrüchen beim Absatz der Textilprodukte, wie von vielen in- und ausländischen Beobachtern befürchtet wird.

Zwar versucht die Regierung Hun Sen inzwischen der industriellen Monokultur durch Investitionen im Tourismussektor und einer verbesserten Infrastruktur entgegen zu wirken und mit dem Erschließen der im Golf von Thailand gelegenen Erdöl- und Gasvorkommen die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, doch das sind bislang vor allem Pläne. Real sank der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen von 2,3 Milliarden \$ in 2006 auf 598 Millionen \$ im vergangenen Jahr. Noch immer bilden die rund um die Metropole Phnom Penh konzentrierten 300 Textilfabriken mit ihren 355.000 Beschäftigten das Rückgrat der Wirtschaft. Die explodierende Preissteigerung zwingt angesichts der dort gezahlten Hungerlöhne nun aber viele Arbeiterinnen und Arbeiter zur Rückkehr aufs Land. Mit einem monatlichen Durchschnittslohn von 50 Dollar (32 Euro) können in der Metropole immer weniger Menschen überleben. Gleichzeitig ist die Zahl der Landlosen bereits jetzt beträchtlich. 46% der Bauern verfügen über kein eigenes Land, sondern leben als Pächter oder Tagelöhner ebenfalls am Existenzminimum und das „Land Grabbing“, das heißt die von der Regierung vorgenommenen Landenteignungen gegen lächerlich geringe Beträge oder kleine „Geschenke“, nimmt immer größere Ausmaße an.

2007 belief sich die offizielle Inflation bereits auf 10,8% und war damit nach Vietnam (19,1%) die zweithöchste in Ostasien. Gegenwärtig liegt sie bei 18,7%. Der Vorsitzende der kambodschanischen Ökonomenvereinigung (CEA), Chan Sophal, schätzt den tatsächlichen Anstieg allerdings auf rund 30%, was vor allem mit dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise zusammenhängt. Die Masse der Bevölkerung gibt 80% ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Wer eine Krankenhausbehandlung benötigt, muss außerdem vor der Behandlung die entsprechenden Medikamente kaufen. Und angesichts der grassierenden Korruption unter den miserabel entlohnten Lehrern, Polizisten und anderen Staatsbeamten sind darüber hinaus weitere Geldgeschenke oder „Wegezölle“ zu entrichten – eine Folge der rekordverdächtig geringen Staatsquote. Nur 3,5% des BIP werden vom Staat verbraucht. (In Frankreich sind es 22,7%, in Polen 18,0% und in Thailand 11,6%)

Die unter dem Druck einzelner Streiks und der massenhaften Abwanderung in die Provinz oder ins Ausland (200.000 Kambodschaner arbeiten inzwischen in Thailand, Malaysia und Korea) von den Gewerkschaften im April ausgehandelten Lohnsteigerungen von 6 Dollar (3,80 Euro) monatlich sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Infolgedessen trat im Wahlkampf selbst der liberale Oppositionschef und ehemalige Finanzminister Sam Rainsy für die sofortige Einführung eines Mindestlohns von 100 \$ im Monat ein, was ihm allerdings die Gegnerschaft der Industrie eintrug. Kein Wunder, setzen Unternehmer und der von der CPP kontrollierte Staatsapparat bislang doch eher auf kolumbianische Methoden, um die Arbeitskosten niedrig zu halten.

Noch immer unaufgeklärt ist beispielsweise der Mord an dem Gewerkschaftsführer Chea Vichea. Der Vorsitzende des größten kambodschanischen Gewerkschaftsbundes FTUWKC wurde am 22. Januar 2004 an einem Zeitungskiosk in Phnom Penh erschossen. Die beiden später verhafteten „Verdächtigen“ können die Tat erwiesenermaßen nicht begangen haben. Auch der inzwischen ins Ausland

geflüchtete, ehemalige Polizeichef von Phnom Penh, General Heng Pov, bezeichnete die Verurteilung der Beiden als „*Farce*“ und macht „*hochrangige Persönlichkeiten im kambodschanischen Militär*“ für den Mord verantwortlich. Nichtsdestotrotz wurden mit Ros Sovannarith im Mai 2004 und Hy Vuthy im Februar 2007 weitere hochrangige FTUWKC-Funktionäre erschossen. Parallel dazu versuchen regierungsnaher gelbe Gewerkschaftsverbände wie die CUF mit Drohungen, Störaktionen und Überfällen für „*sozialen Frieden*“ zu sorgen. Auch das Verbot von 1.Mai-Demonstrationen und Übergriffe von Polizei und Militärpolizei auf Arbeiterversammlungen gehören zum Alltag.

Der Verknappung der Ware Arbeitskraft ist mit solchen Methoden freilich nicht beizukommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Gesetze des Marktes zu einer moderateren Politik führen oder – wie von den unabhängigen Gewerkschaften befürchtet – mit der geplanten Verlagerung von Textilfabriken in die Provinz, abseits der Medienöffentlichkeit, noch rabiateren Methoden verbunden sind.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de